

**Dresdner Straßenbahner vor dem Arbeitsgericht**

# Rote Betriebsräte gegen Dresdner Straßenbahndirektion

Am Mittwoch fand die Verhandlung der Klage, die die drei gemäßigten roten Betriebsräte Gruner, Lade und Göhe gegen die Straßenbahn AG angestrengt hatten, vor dem Arbeitsgericht statt. Die Mahregelung war erfolgt, weil die drei Obgenannten in der Versammlung am 23. August im Reglerheim zum Streik aufgefordert hätten. Stadtrechtler Dr. Ziesche, als Vertreter der Direktion, schildert den Verlauf dieser Verhandlung so, wie er ihn wahrheitsgemäß aus dem bekannten Denunziationsartikel der Dresdner Volkszeitung ersuchen dürfte. Er behauptete u. a. daß besonders Genosse Gruner zum Streik gehet habe, trotzdem ihm bekannt gewesen sei,

daß inzwischen die Lohnabbauperhandlungen in Berlin zum Abschluß gekommen waren.

Genosse Gruner erklärte, daß dieselben Zeugen, die gegen ihn vor dem Arbeitsgericht auftraten, schon bei der Untersuchung vor dem Reichsanwalt keine positiven Beweise für die Behauptungen Ziesches erbringen konnten. Seine Haftentlassung sei erfolgt, weil der Reichsanwalt bisher keine strafbare Handlung feststellen konnte. Genosse Gruner hob weiter hervor, daß bereits 1920 beim Gemeindefeststreik ein ähnlicher Fall vorgelegen hat und daß der Hauptinhalt seines Referates in der Reglerheim-Versammlung die Aufrechterhaltung des

Standpunktes gewesen ist, daß die Gewerkschaften auch noch verpflichtet seien, jeden Pfennig Lohnraub durch Streik abzuwehren. Das umso mehr, da der Gewerkschaft bei Bekanntwerden des Lohnabbauprojektes 7 Millionen Mark zum Einsatz zur Verfügung gestanden hätten. Nach dem Vertrat der Gewerkschaften mußten die Arbeiter erwarten, daß nunmehr die Abwehr des Lohnabbaues annehmen würde. Deshalb habe er als Vertreter der AGD, für den Streik gesprochen und den von den Gewerkschaften verlassenen Standpunkt aufgegeben. Die von Dr. Ziesche aufgestellte Behauptung, daß er einen Tarifvertrag beabsichtigt habe, konnte von ihm mit dem Nachweis, daß der Tarif noch bis zum 30. 9. Gültigkeit behalten würde, zurückgewiesen werden. Die Rotverordnungen habe eine Beschneidung der Löhne lediglich zum 1. Oktober und nicht mit sofortiger Wirkung vorgesehen.

Genosse Lade wies nach, daß er lediglich den Vertrat der Gewerkschaften durch Aufgabe ihres Kampfes gegen den Lohnraub aufgezeigt und es dabei als selbstverständlich angesehen habe, daß nunmehr die AGD sich für den Schutz der in ihrer Lebenshaltung geschädigten Arbeiter einsetzen müsse.

Genosse Göhe bestritt, in der betreffenden Versammlung zum Streik aufgefordert zu haben. Er habe sich lediglich mit dem Geschäftsbericht befaßt und hierbei auf schriftliche Urteile, daß die Direktion 2 Mill. kurzfristige Anleihe mehr als erforderlich abgehoben und außerdem außergewöhnlich hohe Abschreibungen am Wagenmaterial vorgenommen hat.

Bei Unterlassung dieser unverständlichen Manipulationen wäre kein Lohnabbau nötig gewesen. Genosse Göhe betonte ferner, daß die Mahregelungen der Beginn einer Kampagne seien, die in erster Linie die Durchsetzung der Forderungen der Nazis und Stahlhelmer zum Ziele hat.

Den von der Direktion immer wieder hervorgehobenen Entlassungsgrund, daß die Gemäßigten am 23. August zum Streik aufgefordert hätten, wies er zurück. Die Lohnabbauperhandlungen zum Abschluß gekommen seien, wurde von Genossen Göhe mit Hilfe des ihm von der Direktion zugewiesenen Entlassungsschreibens mit Leichtigkeit widerlegt, indem er nachwies, daß die Direktion am 23. August, also zwei Tage bevor selbst noch nichts von dem Abschluß der Verhandlungen gewußt hat.

Wir haben gestern bereits berichtet, daß die christlichen und reformistischen Zeugen Rebel, Bernad, Weber und Kommer unsere Genossen mehr oder weniger zu belästigen, sich die größte Mühe gaben.

Wie groß die Empörung der Arbeiterchaft gegenüber diesen Unternehmern ist, konnte Rebel beim Verlesen des Gerichtsaktes aus den Zurufen: „Berräter! Bluthund!“ erhellen.

Eine ganz besondere Rolle spielte Bernad, indem er in jedem unserer drei Genossen behauptete, daß sie ausdrücklich zum Streik aufgefordert hätten.

Genosse Gruner forderte darauf die Bereidigung Bernad und es bleibt abzuwarten, ob diesem Antrag entsprochen wird. Unterbleibt diese Bereidigung, dann ist der Beweis, daß die Aussagen dieses Kronzeugen wert sind, vor der Arbeitschaft erbracht.

Große Heiterkeit im Zuhörerraum löste die Tatsache aus, daß vier Zeugen im Falle Göhe hintereinander mörtlich genau dasselbe sagten. Nur einer schien seine Lektion schlecht gelernt zu haben, denn er machte einen Fehler, auf den ihn Genoss Göhe unter allgemeiner Heiterkeit hinwies.

Die Zeugen unserer Genossen sagten in bestimmter Form aus, daß die Ausführungen unserer drei Genossen so gelautet haben, wie sie von diesen selbst geschildert worden sind.

Am Schluß der Beweisaufnahme hob Genosse Gruner nochmals hervor, daß er in betreffender Versammlung ausdrücklich als Vertreter der AGD gesprochen hat, die es als ihre Pflicht erachtet, sich für die von ihren Gewerkschaften vertretenen Arbeiter einzusetzen.

Das Urteil, welches heute morgen verkündet wurde, lautet auf kostenpflichtige Abweisung der Klage. In der Begründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß es im Falle Gruner ungewiss sei, ob er als Betriebsrat oder als Vertreter der AGD gesprochen habe, und die Streikauflösung sei als erwiesen angesehen.

Wir kommen nochmals auf diese Denunziationen der Christen und Reformisten zurück.

## Millionenverluste der Breslauer ADA

Ein Resultat sozialdemokratischer Korruptionswirtschaft

Breslau, 21. Oktober (Eig. Bericht)

Das Versicherungsamt Breslau hat auf Anordnung des Volkswohlfahrtsministers den gesamten Vorstand der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse in Urlaub geschickt und die Geschäftsführung dem Leiter der Kommunal-Betriebskrankenkasse übertragen.

Die sozialdemokratische Miskwirtschaft in der Breslauer Ortskrankenkasse hat sich zum Schaden der Versicherten ausgewirkt. Ein Riesenbau wurde ausgeführt, der Millionen und aber Millionen verschlungen hat, während Millionen schulden an Ärzte, Krankenanstalten und Lieferanten aller Art aufstiegen, während die gefährliche Sicherheitsleere für Epidemien und außergewöhnliche Notzeiten aufgezogen wurde. Darüber hinaus wurde der Kasse eine Schuldenlast aufgebürdet, die auf Jahre hinaus die Kasse unrentabel macht. Die Futtertruppenpolitik des sozialdemokratischen Vorstandes hat den Personaletat ausserordentlich belastet. Den kranken Proletariern aber lehnte man die Beiträge heraus, während man gleichzeitig die Leistungen bis auf das „sachliche Mindestmaß“ herabdrückte.

Die proletarischen Mitglieder der ADA Breslau verlangen, daß dieser sozialdemokratische Korruptionslump radikal trodengelegt wird und alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Den sozialdemokratischen Arbeitern aber gibt dieser neue Korruptionsfall einen Beweis, wie es mit der von den Sozialdemokraten so gepriesenen „sozialdemokratischen Wohlfahrt“ aussieht.

## Metallarbeiterstreik geht weiter

Streikfront im Breslauer Betrieb Ohles Erben unerschüttert

Seit 14 Tagen streiken die Metallarbeiter des Betriebes Ohles Erben, Breslau. Kein Streikbrecher konnte bis jetzt die Arbeit aufnehmen. Eine beispiellose Solidaritätsaktion unterstützt die Streikenden. Erwerbslose helfen beim Streikpolkengehen. Sie schaffen von den Dörfern Lebensmittel für die Streikenden herbei. Die IAG teilt täglich mehr als 150 Portionen Mittagessen aus.

Die SPD-Bürokraten sehen inzwischen alles daran, um diese Solidaritätsaktionen mit dem Ausdruck „Betteluppen“ verächtlich zu machen, um durch Ausstreuen von falschen Nachrichten die Streikfront zu erschüttern. Aber die Breslauer Metallarbeiter sind entschlossen, den Kampf bis zum Siege durchzuführen.

## Unternehmerprofite — Textilarbeiterelend

Lohnverhandlungen gescheitert / Organisiert den Kampf

Wie wir gestern gemeldet haben, planen die sächsischen Textilarbeiter einen neuen unerhörten Lohnraub an den unterernährten, hungernden Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen. Sie verlangen 10 bis 22 Prozent Lohnabbau. Es genügt ihnen nicht, daß die Löhne in den letzten Jahren um 50 Prozent abgebaut und das Lebenshaltungsstand der Textilarbeiter auf den Stand der Wohlfahrtsempfänger herabgedrückt wurde. Sie wollen weiteren Lohnabbau und haben, nachdem die Verhand-

Färberei und Bleicherei

Gustav Jahn e. m. b. H.  
Chemnitz und Schönau

Nr. 37 Name: *Herchel*

22 1/2 Stunden	zu je. 4 1/2 Pl.	RM 92 50
3 1/2 Ueberstunden		2 10
Akkord		
Zusammen		95 72

Steuer	Abzüge	Mk.
Krankenkasse	7 1/2	
Invalidenversicherung	90	
Erwerbslosenfürsorge	90	
Vorschuss	10	
Mithin auszuzahlender Betrag		16. 10. 31

den 193

Sofort nachzahlen!

Spätere Beanstandungen finden keine Berücksichtigung!

Lohnungen in Chemnitz gerechnet sind, nunmehr den Leipziger Schlichter angerufen. Wochenlöhne von 16 bis 20 Mark sind den Ausbeutern noch zu hoch.

Wir drucken nachstehend den Lohnbeutel einer 17-jährigen Textilarbeiterin von Chemnitz ab. Dieser Lohnbeutel gibt die Aufrechnung des Verdienstes der Arbeiterin von 14 Tagen und zeigt, daß die Arbeiterin 65 Stunden schuften mußte, um sage und schreibe 16,80 Mark zu verdienen. So ist das Woche für Woche. So werden tausende Textilarbeiterinnen, die ihre Ketten und ihren Körper bei der Arbeit ruinieren, „entlohnt“. Hunderttausende von Textilarbeiterinnen schuften unter den gleichen Verhältnissen. Sie sind mit 20 Jahren ruinierte Menschen, die der Unternehmer auf die Straße wirft. Und da haben die Unternehmer noch die eiserne Stirn, einen Lohnabbau von 10 bis 22 Prozent zu verlangen.

Für das sächsische Textilgebiet haben gestern die Verhandlungen begonnen. Ueber deren Ausgang ist zur Zeit noch nichts bekannt. Fest steht heute schon, daß die sächsischen Textilarbeiter sich in ihrer Gier nach Profit und Lohnraub in nichts von ihren Kollegen der anderen sächsischen Textilgebiete unterscheiden. Auch Ostschleisens Textilarbeiterlöhne liegen

zum Teil unter den Sähen der Wohlfahrtsunterstützung und schon wird der neue Lohnraub vorbereitet.

Und nun die Rehrseite der Medaille. Die Flanener Garnfabrik AG. teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß sie im vergangenen Jahre einen Ueberfluß von 48311 Mark hat. Davon läßt sie nicht weniger als 34525 Mark in Abschreibungen verschwinden. Sie verteilt weiter eine Vorzugsdividende von 10 Prozent und trägt 13786 Mark vor. Hier Hungerlöhne von 16,80 Mark bei 65 Stunden Schufterei, dort 10 Prozent Dividende. Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen, soll es so bleiben? Wollt ihr dulden, daß die Unternehmer aus euren Knochen noch größere Profite herauszihnden? Duldet es nicht länger! Von den Gewerkschaften sind keine Kampfmaßnahmen zu erwarten. Nachdem sie auso neue mit den Unternehmern über den Lohnraub sich geeinigt haben, werden sie mit der den Bürokraten eigenen Frechheit vor die Textilarbeiter hütreten und ihnen vorzügen, daß der Kampf der Gewerkschaften erneut einen Erfolg gezeitigt habe, denn die Forderungen der Textilarbeiter seien ja noch viel weiter gegangen. Mit dielen und ähnlichen Phrasen werden sie versuchen, die Textilarbeiter erneut einzuführen.

Es heißt jetzt für die Textilarbeiter aufräumen und Schlagen machen mit Unternehmerrückgrat und Konzernverrat. Es gilt die Beschlüsse der Textilarbeiter-Kampfsongressen in die Tat umzusetzen und in jedem Betrieb auf breiterer Grundlage vorbereitende Kampfausschüsse zu wählen.

Nur die rote Einheitsfront aller Textilproleten unter Führung der AGD wird das Massenelend der ostschleisigen Textilarbeiter beseitigen.

## „In vier Wochen muß die Entscheidung fallen“

SPD beantwortet sozialpolitischen Generalabbau

Im Leitartikel der gestrigen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt deren Chefredakteur über „Die Schwäche der sich allmählich zur protesten Unfähigkeit steigenden Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie, die... den sozialpolitischen Generalabbau höchstselbst mitverantwortet.“

Hier bestätigt der Klassenfeind den arbeitermörderischen Charakter der sozialdemokratischen Politik. Und er unterstreicht wenige Zeilen später, daß Brüning „das halbbrecherische Kunststück unternimmt, die Wirtschaftspolitik und Außenpolitik der Rechten mit Unterstützung der Parteien durchzuführen, gegen die sie im Grunde gerichtet ist“. Hört ihr's! Ein rechtes Blatt rühmt Brüning nach, daß er die Politik der Rechten durchführt. Und diesen Brüning stützt die SPD, diesem Randalier der Rechten gibt sie ihre Stimme!

Während die Redakteure der „Dresdner Volkszeitung“ und der übrigen SPD-Blätter sich noch immer den durch das Vertrauensvotum für Brüning errungenen angeblichen Sieg gegen die Faschisten aus dem Feberhüter laugen, erklärt die „DAZ“ klipp und klar, daß nicht nur entscheidende Beschlüsse gegen die Arbeiterchaft, sondern auch die neue Rechtserweiterung des Adinets in kürzester Frist vollzogen sein müssen. Hat der Reichstag sich auf vier Monate bis Ende Februar vertagt, so schreibt die „DAZ“: „Es wird sich nicht um vier Monate, sondern vielleicht um vier Wochen handeln, in denen die Entscheidung fallen muß.“

## Musterbetrieb Kreuziger & Henke

Ventersdorf. Sonderbare Zustände herrschen im Betrieb Kreuziger & Henke. Nach Willkür wirft man dort die Arbeiter auf die Straße, nach Willkür stellt man sie ein. Arbeiter, die

20 Jahre ununterbrochen im Betrieb geschuftet haben, fliegen raus und solche, die 12 Jahre außerhalb desselben herumgewandert sind, werden drin gelassen. Selbstverständlich ist, daß in einem solchen Musterbetrieb auch die Frauen der Meister arbeiten. Arbeiterinnen wurden auf drei Wochen eingestellt und mußten ein Schriftstück unterschreiben, daß sie nach drei Wochen mit voller Entlohnung einverstanden seien. Nachdem sie aber fünf Wochen gearbeitet hatten, wurde einigen wiederum ein solcher Brief zur Unterschrift präsentiert. Was sagt nun der Betriebsrat dazu?

### Literaturbomann, denke daran!

Zeitschriften, die vor dem 1. September erschienen sind, müssen zurückgesandt werden.

zu? Er erklärt, daß bei Einstellungen und Entlassungen der Betriebsrat überhaupt nichts zu sagen habe. Er hat es auch nicht nötig, den Arbeiterinnen Aufklärung über ihre Verhältnisse beim Vorlegen solcher Briefe zu geben. Wir fragen: Woju ist dann eigentlich ein Betriebsrat da?

Den Arbeitern und Arbeiterinnen rufen wir zu: Vorbereitende Kampfausschüsse zur Organisierung des Lohnkampfes in jedem Betrieb. In diesen Kampfausschüssen schließen sich sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter zu einer wirklichen Einheitsfront gegen Lohnraub und Betriebsabschlismus zusammen. Augen auf! Erkennt die Rolle der Gewerkschaften und ihrer Lakaien.

Verantwortlich für Inhalte: Otto Gabel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik: Bruno, Chemnitz; Sport, Kultur und Wirtschaft: Gerhard Grabe, Dresden; für Ausland: Karl Freilinger, Berlin; für Recht und Beratung: Otto Witten, Berlin; für Literatur: Fritz Kähler, Leipzig; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsanstalt u. L. O. Zwickau, Güterbahnhofstraße 2.